



Frauenhäuser kennen keine Grenzen!

„Gewaltschutz darf nicht an Landesgrenzen enden oder an Kosten scheitern!“

Plön, 16. Juni 2011 – Anlässlich der Konferenz von Gleichstellungs- und Frauenminister_innen der Bundesländer im Plöner Schloss fordern die Autonomen Frauenhäuser einen kostenlosen Zugang zu Frauenhäusern für ALLE Frauen und über Landesgrenzen hinweg. Auf der Konferenz soll über die tatsächlichen Wahlmöglichkeiten von Frauen und Männern debattiert werden. Gleichstellungsminister Schmalfuß, Vorsitzender der Konferenz, hat in seiner Amtszeit in Schleswig-Holstein (SH) die Wahlmöglichkeiten von Frauen, die vor Gewalt fliehen, massiv beschnitten. Im Haushaltspaket der schwarz-gelben Landesregierung wurde unter anderem die Förderung für das Autonome Frauenhaus in Wedel gestrichen. Die Begründung: der Anteil der Frauen aus anderen Bundesländern, insbesondere Hamburg, sei zu hoch und SH für diese Frauen nicht zuständig bzw. nicht bereit zu zahlen. Im gleichen Zug plant das Ministerium nun auch, Zugangskriterien für Frauen aus anderen Bundesländern zu entwickeln, um deren Zahl – und damit auch die Wahlmöglichkeiten der Frauen – einzuschränken und den Bedarf an Frauenhausplätzen darüber künstlich zu reduzieren.

Aber Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht an den Grenzen einzelner Bundesländer endet – somit darf auch Gewaltschutz keine Landesgrenzen kennen! Von Gewalt betroffene Frauen flüchten dorthin, wo sie Schutz, Sicherheit und Unterstützung für sich und ihre Kinder erwarten. Diese auch zu bekommen, sollte in jedem Bundesland ein Recht und kein Zugeständnis sein. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Autonomen Frauenhäuser SH hat an diesem Nachmittag dazu aufgerufen, sich bei einer bunten Aktion in Tretbooten auf dem See für dieses Recht auf Schutz einzusetzen. Sie wird dabei unterstützt von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser in Deutschland (ZIF). Die Gleichstellungs- und Frauenminister_innen haben die Möglichkeit sich am Informationsstand der Frauenhäuser direkt bei den Praktikerinnen über die aktuellen Finanzierungsprobleme zu informieren.

Der Hintergrund: Immer häufiger müssen Frauen von Frauenhäusern abgewiesen werden, weil die Kostenübernahme nicht sichergestellt wird und Zugangsbeschränkungen zu anderen Bundesländern und Kommunen seitens der Finanzierungsträger bestehen. Dies kann für manche Frauen und Kinder lebensbedrohlich sein!

Die Finanzierung von Frauenhäusern anhand der Platzzahl in SH galt bislang als „Vorzeigemodell“. Sie ermöglicht Planungssicherheit und eine unbürokratische, einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Aufnahme schutzsuchender Frauen und ihrer Kinder – egal welcher Herkunft. Dies darf sich nicht ändern!

„Der Streit um die Kostenübernahme zwischen den Länder und Kommunen wird hierbei unmittelbar auf den Rücken der betroffenen Frauen und Kinder ausgetragen! Das ist für uns nicht akzeptabel. Jede Frau, die von Gewalt betroffen ist, muss bundesweit das Recht auf eine kostenlose, bedarfsgerechte und unbürokratische Aufnahme in einem Frauenhaus haben“, so eine Sprecherin der Autonomen Frauenhäuser SH. „Und die verständliche Suche nach einem gerechten Kostenausgleich zwischen den Bundesländern und Kommunen, darf nicht zu weiteren verdeckten oder offenen Tagessatzfinanzierungen der Frauenhäuser führen!“

Für eine Lösung im Sinne der betroffenen Frauen fordern die Autonomen Frauenhäuser von den verantwortlichen Minister_innen und Senator_innen:

- **Den Erhalt aller Frauenhäuser** – die Weiterfinanzierung der Frauenhäuser in Wedel und Lübeck!
- **Gewaltschutz ohne Landesgrenzen** – die freie Wahl eines Frauenhauses für schutzsuchende Frauen innerhalb und außerhalb ihres Bundeslandes!
- **Die Entbürokratisierung von Gewaltschutz** – die Abschaffung der Tagessatzfinanzierung und den Schutz vor Gewalt durch Frauenhäuser nicht durch Zugangskriterien zu gefährden!
- **Bundeseinheitliche einzelfallunabhängige Finanzierungsregelungen für Frauenhäuser, die das Recht auf Schutz vor Gewalt für ALLE von Gewalt betroffenen Frauen** unabhängig von ihrem Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort oder ihrer gesundheitlicher Einschränkung sicherstellen!

Weitere Informationen erhalten Sie am 16.6. ab 14:30 Uhr beim Infostand der Autonomen Frauenhäuser am Anfang der Fußgängerzone Lange Str./Ecke Hamburger Straße in Plön.

Die Tretbootaktion findet ab ca. 15:00 Uhr vor dem Schloss auf dem See statt.

Pressekontakt:

Eva Hack (ZIF): 0170 690 4507

Franziska Zeitler (Autonome Frauenhäuser SH): 0162 839 5276